

Editorial



Liebe Leser und LeserInnen, alle reden vom Wetter – wir auch. Nicht nur bei unserem Neujahrsempfang war dieses Thema in aller Munde. Der Wald liegt flach, titelte die WAZ und die Bundesbahn musste erstmals seit 1945 ihren Betrieb einstellen. Der Klimawandel und der Orkan Kyrill sind Schuld- das ist eindeutig. Erderwärmung macht eben nicht nur angenehmere Temperaturen, sondern bringt jede Menge unliebsamer Erscheinungen mit sich- extreme Wetter und Unwetter. Diese Verursa-

chen schwere wirtschaftliche Schäden, die künftig ca. 20% des Bruttosozialprodukts verschlingen, so der britische Ökonom Nicolas Stern.

An der Knappheit der Bioprodukte in Deutschland ist aber nicht der Treibhauseffekt schuld, sondern die gestiegenen Nachfrage. Wenn der Präsident des Bauernverbandes darüber klagt, dass ihn niemand rechtzeitig darüber informiert hätte, dann hat er wohl Renate Künast nie richtig zugehört. Zumindest ist es doch tröstlich, dass trotz Regierungswechsel dieser Trend weiter besteht. Essen und Trinken wir daran mit!

In diesem Sinne viel Genuss auch bei der Lektüre wünscht Ihnen ihre Feride Yaldizli.

Editorial	1
Kyrill: GRÜNE für ökologische Wiederaufforstung	1
Filmstudio: Rettung in greifbarer Nähe	2
Baustelle Kindergartengesetz NRW: Wenn`s ums Geld geht.....	2
Fußballplätze: Bürgerbegehren zurückgepfiffen	4
15 Jahre Pro Asyl - 15 Jahre Brücken bauen	4
Sparen im Kulturbereich - aber wo?	5
Radverkehr wird gefördert: Maßnahmenpaket bis 2010 beschlossen	6
GRÜNE starten gutgelaunt ins Neue Jahr	7
FDP setzt sich gegen jede kommunale Vernunft durch	7
Kai`s Brief aus Berlin	8
Tipps und Termine	9

Kyrill: GRÜNE für ökologische Wiederaufforstung

Der Orkan Kyrill hat verheerende Schäden in Essens Wäldern angerichtet. Über 3000 Bäume blieben auf der Strecke. GRÜNE fordern eine Wiederaufforstung nach waldbaulichen und ökologischen Gesichtspunkten. „Die Katastrophe bietet auch die Chance für Verbesserungen. Dabei sollte auf die Ergebnisse des Waldbauseminars der Essener Forstverwaltung vom vergangenen Herbst zurückgegriffen werden. Wir brauchen einen Plenterwald nach Schweizer Vorbild. Dieser altersklassengemischte Wald ist robuster und widerstandsfähiger und bietet außerdem einer größeren Vielfalt von Tieren und Pflanzen ein zu Hause, so

Grünen Bürgermeister Rolf Fliß. Auch in Hinblick auf künftige heftige Stürme als Ergebnis der Erderwärmung macht nur ein solcher standortgerechter Wiederaufbau Sinn.

Baumspenden erbeten

Um die zahlreichen umgestürzten Straßenbäume, für die leider keine Versicherung aufkommt, schnell zu ersetzen, bitten die GRÜNEN Firmen und Einzelpersonen um Baumspenden Angesichts der finanziellen Lage der Stadt könnte das Engagement vieler BürgerInnen helfen, diese zusätzliche und ungeplante Ausgabe schnell zu bewältigen. Potenzielle Baumsponsoren wenden sich bitte an Grün und Gruga direkt, Tel.: 88-67001

Filmstudio: Rettung in greifbarer Nähe

Eine gute Nachricht: Das zunächst scheinbar aussichtslose Unterfangen, die nötigen Gelder zur Renovierung des ältesten noch existierenden Ruhrgebietskinos in Höhe von 1,8 Mio Euro aufzubringen, hat Erfolgsaussichten.

Die Kampagne für den Erhalt des Filmstudios kam bedingt durch die Weihnachtszeit erst im Januar richtig in Schwung. Aufgrund der öffentlichen Resonanz, der Spenden und Leistungszusagen verlängerte der Investor des Glückaufhauses die Frist zur Rettung des Kinos von Mitte Januar bis Ende Februar. Mitausschlaggebend dafür war sicherlich die Zusage des Landesbauministers, dass sich das Land an der Sanierung des Kinos beteiligen wird. Denn ohne Großsponsor allein durch die Geldspenden der am Kino interessierten Bürgerinnen wären die Erfolgsaussichten höchst unwahrscheinlich gewesen. Immerhin über 550 Fördermitglieder konnte der Verein bis Mitte Januar gewinnen.

Daran gilt es anzuknüpfen und die verbleibende Zeit zu nutzen. Denn um das Ziel zu erreichen, ist nach wie vor die Anstrengung vieler durch Spenden, Unterstützung oder Sachleistungen erforderlich. Das Land wird sicherlich einen größeren Betrag beisteuern, geredet wird über eine Größenordnung von einer Mio Euro –das allein wird aber nicht reichen. Zahlreiche GRÜNE wie u. a. unsere Fraktionssprecherin Hiltrud Schmutzler-Jäger, Vorstandssprecher Thomas Rommelspacher, Bundestagsabgeordneter Kai Gehring und Bürgermeister Rolf Fliß sind bereits Mitglied des Fördervereins geworden.



Mehr darüber erfahren Sie auf der Homepage des Vereins www.rettet-das-Filmstudio.de

Unterstützen Sie mit uns dieses Projekt- Glück auf!

Joachim Drell

Künstler für das Filmstudio, unter diesem Titel findet eine Benefizveranstaltung zu Gunsten des Filmstudios am 26. 2. in der Lichtburg statt. Der Eintritt beträgt 10 Euro +Spende. Karten sind im Vorverkauf erhältlich: Tel.:231023

Baustelle Kindergartengesetz NRW: Wenn`s ums Geld geht.....

Seit etwa einem Jahr laufen die Bemühungen, ein neues Finanzierungssystem für die Kindergärten zu entwickeln. Nachdem sich die Landesregierung selbst als unfähig erwiesen hat, einen mit Trägern und Kommunen abgestimmten Entwurf für ein neues Kindergartengesetz zu entwickeln, wurde im September 2006 die Unternehmensberatung „Kienbaum“

beauftragt, im Dialog mit allen Beteiligten einen einvernehmlichen Finanzierungsvorschlag zu entwickeln.

Allerdings regt sich schon jetzt gegen das sich abzeichnende Ergebnis großer Widerstand, so dass der Vorschlag der Unternehmensberatung mit Sicherheit im Laufe des Beratungsprozesses verändert werden wird.

Die Elternbeiträge sollen auch zukünftig 19% der Gesamtkosten für die Betreuung in einer Kita aufbringen. Da aktuell landesweit über Elternbeiträge nur 13% Einnahmen erzielt werden, bedeutet das auf jeden Fall eine Erhöhung der Gebühren, spätestens mit dem neuen Kindergartengesetz. Von Beitragsenkung oder gar Beitragsfreiheit keine Spur!

Die Trägeranteile sollen künftig sein:

Kirchliche Träger 12% (bisher 20%)

Kommunen 18% (bisher 21%)

Elterninitiativen 4% (wie bisher)

Weitere Träger (AWO, DRK u.a.) 9% (wie bisher)

Die Kosten der Absenkung der Trägeranteile von gut 120 Mio. Euro teilen sich Land und die örtlichen Träger der Jugendhilfe, also die Kommunen. Die Kirchen sollen für die Trägeranteilabsenkung eine Erklärung zur Bestandssicherung ihrer Einrichtungen abgeben. Der künftige Landeszuschuss zu den Betriebskosten soll eine Kombination aus der bisherigen Gruppenpauschale und einer kindbezogenen Pauschale sein. Die Gruppenpauschale soll 30%, die Kopfpauschale 70% des Zuschusses ausmachen.

Die armen Träger und die Elterninitiativen, die in der Regel durch Mitarbeit der Eltern eine besonders intensive Betreuungsarbeit leisten, wären durch die Umstellung auf eine reine Kopfpauschale existenziell bedroht gewesen. In Essen gibt es 30 Elterninitiativen wie z. B. das Kinderhaus in der Villa Berkel und den Montessori-Kindergarten, 20 AWO-Eltern-Kindgruppen sowie 9 VKJ-Kitas. Sie wären dadurch in existenzielle Gefahr geraten.

Die Kirchen hatten aufgrund ihrer sinkenden Mitgliederzahlen und damit einhergehenden Kirchensteuerverlusten in der Vergangenheit häufig über die Höhe ihres Trägeranteils geklagt und auch mit der Schließung von Einrichtungen gedroht. In Essen wurden beispielsweise auch einige Einrichtungen geschlossen, sowohl von katholischer wie von evangelischer Kirche. Dabei wird aber auch z. Teil den sinkenden Kinderzahlen Rechnung getragen.

Auch der kommunale Träger von Kindergärten soll von der Senkung von Trägeranteilen

profitieren, um das „gewonnene“ Geld in weitere Betreuungsmaßnahmen, z.B. für Unter 3-jährige Kinder zu stecken. Eines hat die Landesregierung dabei aber nicht bedacht: es gibt in NRW zahlreiche kleinere Kommunen und Landkreise, in denen es keinen einzigen Kindergarten in kommunaler Trägerschaft gibt, ergo profitierten diese Kommunen davon auch gar nicht. Neben Bayern ist NRW das Bundesland mit dem größten Anteil kirchlicher Einrichtungen im Bereich der Kindergärten ist. Nirgends ist der Anteil öffentlicher Einrichtungen so gering.

Im Fazit lässt sich festhalten, dass es künftig Plätze in Einrichtungen für Kinder von 5 Monaten bis zum ersten Geburtstag nicht mehr geben wird, hier wird allein auf die Tagespflege gesetzt. Eltern können also nicht mehr wählen zwischen Betreuung in einer Nestgruppe oder durch eine Tagesmutter!

Insgesamt will das Land die Zuschüsse für Kindertagesstätten ab 2008 von bisher 875 auf 950 Mio. Euro aufstocken. Diese Mehraufwendungen gehen aber in den Ausgleich des abgesenkten Trägeranteils der Kirchen und der Kommunen. Die von der Landesregierung benutzte Floskel „mehr Geld im Betreuungssystem“ täuscht die Öffentlichkeit, die Einrichtungen selbst werden de facto nicht besser ausgestattet und der Ausbau von fehlenden Betreuungsplätzen für Unter 3-jährige Kinder wird damit auch nicht gefördert.

Vielmehr ist ein Standardabbau zu befürchten. Für eine Gruppe, wie die heutige kleine altersgemischte Gruppe würde eine Fachkraft wegfallen, eingruppige Einrichtungen würden die zweite Fachkraft verlieren. Überleben werden nach Schätzungen eher die größeren Einrichtungen für Kinder von 3-6 Jahren mit getrennten Öffnungszeiten sowie die Familienzentren, die zusätzlich 12.000 Euro jährlich erhalten sollen.

Ob dieser Finanzierungsvorschlag allerdings Gesetz wird, ist zu bezweifeln, da im weiteren Beratungsprozess vor allem die Träger Nachbesserungen einfordern werden.

Zu den Grünen Vorstellungen für ein neues Kindergartengesetz:

<http://www.gruene.landtag.nrw.de/aktuell/pressekonferenzen/061129-PK-GTK.pdf>

Christine Müller-Hechfellner/J. Drell

Fußballplätze: Bürgerbegehren zurückgepfiffen

Das Bürgerbegehren von betroffenen Sportvereinen, PDS, DKP u. a. musste neu gestartet werden. Die Stadt Essen hatte mit Brief vom 18.12. festgestellt, dass der Text des Begehrens gegen die Schließung von 2 Turnhallen und 7-8 Fußballplätzen rechtlich nicht haltbar ist. Den Beschluss zum Masterplan Sport hatten GRÜNE und CDU in der letzten Ratssitzung des Jahres Ende November gefasst. Die Bürgerbegehren müssen nach dem Ratsbeschluss innerhalb von drei Monaten die erforderlichen Unterschriften sammeln. Diese Sammlung begann aufgrund des Frühstarts mit einem Eigentor. Die bereits gesammelten Unterschriften sind ungültig und es erfolgte ein Neustart.

Die Vertreter des Bürgerbegehrens werfen der Stadt vor, die Rechtsauskunft verzögert zu haben. Die Verwaltung sagt, zu Recht, dass eine juristische Bewertung nicht von heute auf morgen vorgenommen werden kann. Essen ist zudem die einzige Stadt, die eine solche Rechtsberatung bei Bürgerbegehren durchführt. Die Fehlstarter haben jedenfalls nicht abgewartet oder sich ausreichend bei der Stadt rückversichert, dass ihr erster Antrags-

text juristisch haltbar war. Das wäre aber ihre Pflicht gewesen!

GRÜNE halten nicht nur aus Kostengründen – Einsparungen in allen Bereichen des Stadthaushalts sind notwendig – an den obigen Maßnahmen fest. Alle betroffenen Vereine können ihren Sport weiter ausüben, weil es dafür entsprechende Umzugspläne gibt. Essen hat Überkapazitäten im Sportbereich. Gleichzeitig sinkt die Bevölkerungszahl in unsere Stadt nicht erst seit heute und die Zahl der SchülerInnen und jüngeren Menschen in noch viel stärkerem Maße. Deshalb ist dieser maßvolle Rückbau insbesondere von Fußballplätzen richtig und angemessen. Die Einsparung dient aber nicht zuletzt dazu, Spielraum für die notwendigen Investitionen im Sportbereich zu sichern, um die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Deshalb ist sie im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik auch unverzichtbar. Insofern sind GRÜNE nicht sonderlich traurig über das Eigentor der Initiatoren dieses Bürgerbegehrens. Wer juristisch schlecht beraten ist und im Schnellschuss Erfolg haben will, produziert eben auch Fehlstarts. Die Initiatoren wollen es sportlich nehmen – wir auch - der Wettkampf gegen dieses Bürgerbegehren geht weiter.

Mehrdad Mostofizadeh

15 Jahre Pro Asyl - 15 Jahre Brücken bauen

Ende Dezember feierte Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen sein 15 jähriges Bestehen in der evangelischen Kirchengemeinde Altenessen. Über 60 Gäste und Mitglieder waren anwesend.

Im Rückblick auf die bewegte Geschichte nahmen die Anfangsjahre einen besonderen Raum ein. Anfang der 90 -iger Jahre hatte die Zahl der Asylbewerberinnen eine Größenordnung erreicht, die besondere Anstrengungen erforderten. In Essen musste die Zahl der Übergangwohnheime zur Unterbringung von AsylbewerberInnen, Flüchtlingen und Ausiedlern innerhalb von kurzer Zeit auf 50 erhöht werden. An vielen der für den Bau vorgesehenen Standorten kam es zu heftigen Protesten, die von Rechten geschürt und für aus-

länderfeindliche Stimmungsmache benutzt worden. In dieser Situation wurde Pro Asyl gegründet anlässlich einer Versammlung bei den GRÜNEN im Rathaus. Ziel war es, gegen diese Ausländerfeindlichkeit vorzugehen und den Flüchtlingen zu helfen. Ein Hauptakteur, der frühere Sozialdezernent und heutige Pensionär Herber schilderte seine Erfahrungen eindringlich. Er lobte die Arbeit von Pro Asyl als 'Stachel im Fleisch der Verwaltung', die dazu beigetragen habe, dass Essen gemessen an anderen Kommunen eine relativ humane Flüchtlingspolitik betrieben habe.

1993 folgte die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Pro Asyl, zahlreiche Gruppen u.a. die GRÜNEN haben sich gegen diesen Beschluss von CDU und SPD gewehrt und u. a. an zwei großen

Demonstrationen in Bonn gegen diese Grundgesetzänderung mit organisiert.

„Mein Freund soll abgeschoben werden – was tun?“ Motto von Pro Asyl

In erster Linie arbeitet Pro Asyl, als Anlaufstelle und Anwalt der Flüchtlinge, hilft bei der Lösung von Konflikten mit den Behörden wie im Alltag bis hin zur Schulaufgabenbetreuung in Flüchtlingsheimen. Pro Asyl ist in Essen die einzige Anlaufstelle für geduldete Ausländer, für die von staatlicher Seite keinerlei Betreuung vorgesehen ist. So kümmert sich Pro Asyl um rechtliche Hilfe, aber auch um politische Unterstützung für das Bleiberecht von Migranten, die von Abschiebung bedroht sind – aber auch um den Umgang mit bestimmten Flüchtlingsgruppen wie der Roma oder der Libanesen und den speziellen Problemen dieser jeweiligen Gruppierung. Pro Asyl leistet als Brückenbauer eine unverzichtbare praktische Integrationsarbeit, so Pfarrer Achim Gerhard.

Aktuell ist das wichtigste Anliegen von Pro Asyl die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Bleiberechts für lange Zeit bei uns lebende Migranten, deren Aufenthalt bisher nur geduldet wurde, sodass sie in der Regel keine Arbeitserlaubnis haben, keinen Zugang zu Integrations-, Bildungs- und Beschäftigungsförderung haben und immer wieder von Abschiebung bedroht sind. In Essen ist ein Großteil der Libanesen davon betroffen. Blei-

berechtigt statt Duldung für diese in ständiger Unsicherheit lebenden Personen und eine Perspektive für ihre weitere Integration sind das Ziel von Pro Asyl wie auch der GRÜNEN in Essen, NRW und auf Bundesebene (s. Artikel von Burak Copur im Newsletter 11-06).

Auch grundsätzlich schätzen die Essener GRÜNEN Pro Asyl als überparteiliche Organisation, weil wir mit dem Grundanliegen von Pro Asyl übereinstimmen und Rassismus bekämpfen.

Seit der ersten Rot-Grünen Landesregierung in NRW wird Pro Asyl auch finanziell gefördert und kann sich neben dem kleinen Büro in der Maxstraße 11 zwei bezahlte Mitarbeiterinnen leisten, die neben der Arbeit der vielen Ehrenamtlichen auch dringend notwendig sind, um die gemeinsame Arbeit zu bewältigen und zu koordinieren und zu professionalisieren. Diese Fördermittel sind bereits zweimal gekürzt worden und müssen jedes Jahr neu bewilligt werden. Deshalb kann die Arbeit von Pro Asyl im jetzigen Umfang nur durch die Unterstützung des Fördervereins und durch Spenden gewährleistet werden.

Pro Asyl ist auf weitere Fördermitglieder und Spenden angewiesen!

Pro Asyl / Flüchtlingsrat Essen, Maxstr. 11, 45127 Essen, Tel. 0201/20539, proasylessen@gmx.de, www.proasylessen.de,

Kontonr. 1600626 bei Sparkasse Essen, BLZ 360 501 05)

Joachim Drell/ Irene Kunze

Sparen im Kulturbereich - aber wo?

Auf der nächsten MV der GRÜNEN am 14. 2. steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Anlass der Thematisierung ist der Druck durch das Bürgerbegehren zum Masterplan Sport, auch im Kulturbereich zu sparen. Falsch ist die Behauptung von Vertretern des Bürgerbegehrens, dass im Kulturbereich nicht gespart wird. Fraglich ist für GRÜNE, ob bei der „Hochkultur“/TUP genug gespart wird. Wir hatten selbst bei der Zustimmung zu den Schließungen einiger Sportplätze und zweier Turnhallen betont, dass unsere Zustimmung davon abhängt, dass auch der Kulturbereich seinen Beitrag leisten muss. Das Thema begleitet uns seit

Beginn der Kooperation mit der CDU und war am Anfang sehr umstritten. Aber bei der CDU wächst die Bereitschaft, auch hier ernsthaft zu sparen.

Im Geschäftsbereich 4 (Kultur/ Scheytt) wurden die Sparvorgaben bei Breitenkultur, freier Kultur und Bildung umgesetzt. Das Problem sind Philharmonie, Theater, Oper und Ballett, die Museen sowie die vielen Sonderausgaben (Zollverein, Ballett II – Pakt-, Ruhrmuseum, Neubau Folkwangmuseum, Haus der Geschichte, Kulturhauptstadt usw.). Immerhin wurde der TUP-Etat gedeckelt. Ein Umdenken zu den ständig wachsenden Ausgaben im Kulturbereich zeichnete sich 2006 ab. Die Neubaupläne für das Folkwangmuseum (ca. 56 Mio. Euro)

waren nicht finanzierbar. So einigte Mensch sich im Rat auf Initiative von CDU und GRÜNEN darauf, einen Neubau durch Sponsoren zu begrüßen, seitens der Stadt nur die notwendigen Instandsetzungen für Brandschutz zu tätigen, aber keinen Neubau. Im November wurden im Rat die ausufernden Kosten für den Umzug des Ruhrlandmuseums nach Zollverein gestutzt. Zwei Erfolge, die ohne GRÜNE Intervention nicht zu Stande gekommen wären. Was lässt sich noch tun – wie weit kommen wir mit der CDU im Kulturbereich voran?

Diskutiert wurde im Vorfeld innerhalb der GRÜNEN die Frage einer Spartenschließung. Sollen im Ballettbereich stärkere Kürzungen vorgenommen werden (ein Ballett von dreien

ist eines zuviel)? Die Nichtbesetzung der Position des Ballettdirektors könnte eine symbolische Maßnahme sein. Aber möglicherweise haben SPD und CDU mit ihrer pressewirksamen Suche nach einer neuen „Spitzenkraft“ dies schon blockiert.

Wir wissen, dass der Kulturbereich eine mächtige Lobby hat. Sparen verschafft uns keine neuen Freunde und trifft auch unsere WählerInnen. Trotzdem wollen wir uns darüber verständigen, welche Maßnahmen realistisch und geeignet erscheinen, um unserem eigenen Anspruch zu genügen, dass alle Bereiche des städtischen Haushalts einen Beitrag zur Konsolidierung leisten müssen, auch die lange Jahre verschonte Kultur. Das ist letztlich eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Vorstand der GRÜNEN

Radverkehr wird gefördert: Maßnahmenpaket bis 2010 beschlossen

Bekanntlich hat die Stadt Essen mehr als 1 Mrd. € Schulden. Vor allem im Sozial-, Sport- und Kulturbereich toben derzeit heftige Verteilungskämpfe um die Gelder, die es noch zu verteilen gibt. Da stellt sich natürlich die Frage, ob noch etwas für den Radverkehr übrig bleibt – auch vor dem Hintergrund, dass das seit zwei Jahren die Mehrheit im Rat bildende schwarz-grüne Bündnis gerade unlängst damit begonnen hat, den 5 Jahre während der alleinigen CDU - Herrschaft andauernden Stillstand beim Radverkehr zu durchbrechen.

Gespräche zwischen Essener Fahrradinitiative und Kämmerer nahmen Grüne und CDU zum Anlass, die Verwaltung aufzufordern, einen Maßnahmenkatalog über die Projekte zur Förderung der Radinfrastruktur aufzustellen, welche man in den kommenden Jahren konkret anzupacken gedenke. Über die 2006 durchgeführten Maßnahmen haben wurde im letzten Newsletter berichtet (12/2-06). Seit Anfang Juni ist nun dieser Maßnahmenkatalog ohne nennenswerte Beanstandungen durch die Bezirksvertretungen getingelt und jüngst auch vom Bau- und Verkehrsausschuss beschlossen worden.

Zunächst fällt auf, dass man sich offenbar von den ganz großen Projekten verabschiedet hat, was angesichts der katastrophalen Haushalts-

lage auch kaum anders zu erwarten war. Allenfalls 2,5 Mio.€ könne man noch in den nächsten 7 bis 10 Jahren für den Bau von Radverkehrsanlagen an Hauptverkehrsstraßen bereitstellen, womit sich etwa 10 km realisieren ließen. Die für die Fertigstellung des Radroutennetzes eigentlich notwendigen zusätzlichen 80 km erforderten illusorische 250 Mio.€, so dass diese Radverkehrsanlagen allenfalls im Zuge von Straßenbaumaßnahmen realisiert werden können (z. B. Fulerumer Straße, Heisinger Straße, Krupp-Boulevard).

Aufgrund von Beschlüssen der Bezirksvertretungen I, II, III und VI, alle geeigneten Einbahnstraßen für Radfahrer gegenläufig zu öffnen, will die Verwaltung dort bevorzugt tätig werden. Es handelt sich um insgesamt 253 (!) Einbahnstraßen, die entsprechend untersucht und – sollten sie sich als geeignet erweisen – freigegeben werden. Pro Jahr will man auf diese Weise zwischen 50 und 100 Einbahnstraßen öffnen. Die Kosten belaufen sich auf jeweils 150 bis 500 €, je nach Aufwand.

In den nächsten 3 Jahren sind eine Vielzahl kleinerer Projekte geplant. Diese Maßnahmen für den Radverkehr sind teilweise mit etlichen Vorbehalten versehen. Sie sollen in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden. 2010 wird dann Bilanz gezogen – eine positive hoffentlich:

Den gesamten Artikel sowie die geplanten Einzelmaßnahmen finden Sie unter:

<http://www.gruenerkv-essen.de/index.php?id=9906>

Jörg Brinkmann
Sprecher der Essener Fahrradinitiative

GRÜNE starten gutgelaunt ins Neue Jahr

GRÜNE Ideen (nicht nur) zum Klimaschutz

Mit über 150 BesucherInnen sind die Essener Grünen auf ihrem Neujahrsempfang in der Lichtburg erfolgreich ins Neue Jahr gestartet. Die Veranstaltung wurde von dem Grünen MdB Kai Gehring moderiert. Schon in seiner Einführung griff er die schwarz-gelbe Landesregierung wegen ihrer Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich scharf an. Die Politik der Regierung Rüttgers sei alles andere als zukunftsorientiert, so Gehring.



Anschließend war es die Fraktionsvorsitzende Hiltrud Schmutzler-Jäger, die rückblickend die Ratsarbeit bilanzierte und dabei besonders auf den Masterplan Sport einging. Im Mittelpunkt Ihres Beitrags standen die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt sowie die Notwendigkeit zu weiteren Kürzungen. Von diesen, so Schmutzler-Jäger ausdrücklich, kann der Kultur-Etat nicht ausgenommen werden. Nur so könne die Stadt langfristig wieder finanziell handlungsfähig werden. Außerdem plädierte sie für einen

Erhalt des Filmstudios und rief zu dessen Unterstützung auf: Fördermitglied werden!

Hauptrednerin des Neujahrsempfanges war die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion, Bärbel Höhn. Sie widmete sich in Ihrer Rede in erster Linie dem Klimawandel und den zum Gegensteuern notwendigen Maßnahmen, wie z.B. spritsparende Autos, erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Es gilt den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren. Bedauerlich sei, dass die deutschen Autofirmen der Entwicklung hinterhinken statt innovative Technik zu produzieren. Das gefährde den Automobilstandort Deutschland. Auch die „Murksreformen“

der Merkel-Regierung wurden von ihr angeprangert: die so genannte Gesundheitsreform, das Unvermögen, einen wirksamen Nichtraucherschutz gesetzlich zu verankern, die Mehrwertsteuererhöhung ..und .. und... und.

Insgesamt war die Veranstaltung von guter Laune geprägt, was nicht nur am Sekt gelegen hat. Die Essener Grünen starten also zuversichtlich ins neue Jahr und sind gewappnet für die schwierigen Aufgaben, die in nächster Zeit anstehen.

Helmar Pless

Gemeindeordnung: FDP setzt sich gegen jede kommunale Vernunft durch

GRÜNE stellen fest: Die jetzt vorgestellten Änderungen der gelben-schwarz Koalition in der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlrechts schränken massiv die Rechte der Bürgerschaft und der Kommunen ein“ so Thomas Rommelspacher (Vorstandssprecher).

Die Entkopplung von BürgermeisterInnenwahl und Kommunalwahl bei gleichzeitigem Wegfall der Stichwahl sorgt für mehr Wahlkämpfe und schafft demokratische Rechte der Bürger ab.“

„Die Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister und Landräte und die Neuordnung der Entscheidungs- und Kompetenzrechte zwischen Rat und Hauptverwaltungsbeamten macht es für die ehrenamtlichen Ratsmitglieder immer schwerer die Rolle der gemeinsam von Rat und Verwaltung getragenen kommunalen Selbstverwaltung auszufüllen. So werden die Stimmrechte der BürgermeisterInnen deutlich ausgeweitet – in Zukunft kann der Rat nur noch im Einvernehmen oder mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit den Geschäftskreis der Beigeordneten festlegen – bisher war das Angelegenheit des Rates. Dies verstärkt den Trend zu 'Sonnenkönigen' und schwächt die ehrenamtlichen Ratsmitglieder deutlich!“

Ganz besonders verärgert sind Die GRÜNEN über die massive Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. „Wir rufen auch unseren Bürgermeister / unsere Landrätin dazu auf, sich an massivem Widerstand der kommunalen Familie gegen diese Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung zu beteiligen!

Wenn die Pläne der gelb-schwarzen Landesregierung durchgesetzt werden bedeutet,

- dass unsere Stadtwerke sich in Zukunft nicht mehr neuen Aufgaben stellen können, weil sie nur noch Bestandsschutz haben
- dass wir in Zukunft weniger Möglichkeiten haben, mit den Gewinnen der Stadtwerke unseren ÖPNV (EVAG) quer zu subventionieren. Die Folge ist klar: Höhere Kosten für die Bürgerschaft in diesen Bereichen.

Fazit: Die Kommunen und ihre Bürgerschaft zahlen einen hohen Preis für die von der FDP mit brachialer Gewalt auch gegen die CDU-Basis durchgesetzte ideologische Formel 'Privat vor Staat'. "

Horst Becker, MdL

Kai`s Brief aus Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,

gute vier Wochen ist das neue Jahr jetzt alt – und es ist schon wieder eine Menge passiert. Gleich zu Beginn fand die Auftaktklausur der Bundestagsfraktion in Wörlitz statt. Dort wurde ein AutorInnenpapier zur grünen Familienpolitik beraten, das ich mit verfasst habe. Ziel des Papiers ist eine inhaltliche Weiterentwicklung unserer Kinder- und Familienpolitik. Hierfür hat sich die Fraktion ambitionierte Arbeitsaufträge gegeben.

Familie unterstützen – Vielfalt, Wahlfreiheit und Selbstbestimmung fördern

Familie im 21. Jahrhundert ist anders. Um sie zu unterstützen, brauchen wir einen Paradigmenwechsel in vielen Politikbereichen – beim konsequenten Ausbau familienunterstützender Infrastruktur, bei einer neuen Lebensphasenpolitik und modernen Arbeitszeitmodellen bis hin zu grundlegenden Reformen in der Steuer- und Sozialpolitik. Wir setzen uns daher für eine erweiterte Definition des Familienbegriffs ein, der auf Verantwortungsübernahme beruht und Wahlfreiheit ermöglicht. Wir respektieren alle selbst gewählten Familien- und Lebensformen und die Vielfalt bestehender Lebensentwürfe. Anstatt der einseitigen Förderung des traditionellen Alleinverdienermodells, das sowohl für junge Frauen als auch für junge Männer kein zukunftsfähiges Leitbild mehr darstellt, wollen wir das Übernehmen von Verantwortung gezielt stärken. Ein solcher Ansatz umfasst eine besondere Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern, das miteinander von Generationen, die Sorge um Angehörige („Care“) und eine Öffnung in Richtung Wahlverwandtschaften. Gleichzeitig idealisieren wir Familien nicht, da in manchen die wechselseitige Solidarität erheblich verletzt wird.

Auf den Punkt gebracht, steht Grüne Familienpolitik für:

die Anerkennung der Vielfalt der Familienformen
den Ausbau der Infrastruktur, die Familien unterstützt
zielgenaue und bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung
das Engagement für eine neue Zeit- und Lebensphasenpolitik

Geschlechtergerechtigkeit für junge Frauen und Männer
eine Arbeitswelt, die Zeit für Familie und Verantwortung schafft

Der internationale Vergleich zeigt: Mit einer modernen Familienpolitik entscheiden sich mehr Menschen für Kinder. Viele junge Frauen und Männer möchten durchaus Kinder haben, sehen sich aber vor zahlreiche Hindernisse gestellt. Vor allem die Verwirklichung eines partnerschaftlichen egalitären Familienmodells, das von der Mehrheit der jungen Menschen gewünscht wird, ist in Deutschland nach wie vor schwer.

Wir werden uns daher auch jenseits der schon erarbeiteten Konzepte neuen familienpolitischen Projekten widmen, wo noch eklatante Lücken bestehen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur mittels eines Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gelegt werden. Darüber hinaus brauchen wir eine verbesserte Unterstützung von Familien in prekären Verhältnissen, Reformen bei der steuer- und sozialrechtlichen Behandlung von Familien, sowie Überlegungen zur Einführung einer Kinderkasse. Ein Familiensplitting lehnen wir dagegen ab – es schreibt die antiquierte Logik des Ehegattensplittings fort ohne die Förderung von Kindern zu verbessern.

Bei diesen wichtigen Weichenstellungen für ein familienfreundliches und kindergerechtes Deutschland der Zukunft zähle ich auf Eure Unterstützung. Ich freue mich über Eure Anregungen und hoffe, diese auf einem der nächsten Stammtischtermine mit Euch diskutieren zu können.

Herzliche Grüße,
:> Kai (Kai Gehring, MdB)

Tipps und Termine

Einladung zum Neu^{gierig}entreff der GRÜNEN

„Allwissend bin ich nicht; doch ist mir viel bewusst!“* Ergeht es Dir auch so? Dann liegst Du mit einem Besuch bei diesem Treff genau richtig.

Wir - DIE GRÜNEN in Essen - stellen uns vor! Dieses Treffen in lockerer Atmosphäre findet für alle statt, die an GRÜNER Arbeit und Politik interessiert sind und sich in unsere Arbeit einen Einblick verschaffen möchten, vielleicht Mitglied werden wollen oder es gerade geworden sind. Es geht darum: „Wer wir sind und was wir wollen!“ *Goethe

Am Dienstag, **den 6. 2. um 20.15 Uhr** findet bei den GRÜNEN in der Geschäftsstelle (Limbecker Str. 48-50 Fahrstuhl Eingang neben dem Geschäft Vero-Moda Hintereingang Gänsemarkt 23-27) ein Treffen für Neumitglieder und Leute statt, die an der GRÜNEN Politik/Mitarbeit in Essen interessiert sind.

Das Geld zu Gast in Essen: Demonstration zum G7 Gipfel

Am 10. 02. 2007 findet in Essen die G7 Finanzministerkonferenz in der Villa Hügel statt. Um einen Protest zu organisieren hat sich ein Bündnis organisiert. Selbiges ruft alle GlobalisierungskritikerInnen zu einem Protestmarsch am 10. 02. 2007 um 11:00 in Essen (Porschekanzlei) auf. Die Jungen Grünen Essen unterstützen diesen Aufruf. Junge Grüne Gegenprotestler sollten sich am 10.02.2007 ab 9:30 Uhr in der Essener Geschäftsstelle zusammenfinden um Vorbereitungen zu treffen (Transparente erstellen etc.). Anschließend geht es gemeinsam zur Demonstration in die Essener Innenstadt. Die GRÜNEN NRW rufen ebenfalls zur Teilnahme an dieser Demonstration auf, weil die Stoßrichtung dieses Protests richtig ist. Deregulierung und Privatisierung um jeden Preis sind ein neoliberales

Konzept, dass auch GRÜNE entschieden ablehnen. Entfesselte globale Märkte ohne ökologische und soziale Standards sind weder im Interesse der europäischen Bevölkerung noch der Menschen aus der Dritten Welt.

Die Bündnisgespräche vor Ort zur Organisation der Demonstration hinterließen jedoch einen zwiespältigen Eindruck bei uns. Das Angebot, Claudia Roth oder Frithjof Schmidt auf der Veranstaltung für GRÜNE reden zu lassen wurde abgelehnt. Stattdessen sollen nur VertreterInnen von Basisorganisationen reden, wer immer das sein mag. Vielleicht wäre ja Claudia Roth als Vertreterin der Initiative für Menschenrechte in der Türkei angenehm? So läuft das Spiel dann in der Regel- Welcher Initiativenvertreter welches Parteibuch hat, wird nicht hinterfragt. GRÜNE sind jedenfalls bei einigen der veranstalteten Organisationen nicht Willkommen, insofern hält sich die Begeisterung für diese Demonstration in Grenzen, aber wir unterstützen sie.

Termine für Grüne und Interessierte

WANN			WO	WAS
6.2.	Di	20.15	Limbecker Str 48	Neugierig-entreef für Leute die neugierig sind auf GRÜNE mit Helmar Pless
7.2.	Mi	19.00	Frohnhausen	Stammtisch der GRÜNEN E-West im „jetzt & hier“, Lüneburger Str. 40
7.2.	Mi	19.00	Grillo-Theater	Politischer Salon in der Heldenbar: „Begrenzte Resource Energie“ (Asienhaus, Pro Asyl u.a.)
7.2.	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298
7.2.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum
7.2.	Do	19.00	Altenessen	„BI Stoppt A 52“ trifft sich im ev. Gemeindehaus, Hövelstr. 73
7.2.	Do	19.30	Bochum	Bezirksrat der GRÜNEN Ruhr im GRÜNEN Büro, Diekampstr. 37
8.2.	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germaniastr. 230
10.2.	Sa	11.00	Porschekanzel	„Das Geld zu Gast in Essen“ Demonstration gegen das Treffen der G7 Finanzminister in der Villa Hügel von attac u. a. GRÜNE NRW rufen mit auf
12.2.	Mo	20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gaststätte Michelshof, Steubenstr. 61
12.2.	Mo	19.30	Zeche Carl	Stammtisch der GRÜNEN Nord mit MdB Kai Gehring, (Termin vorverlegt)
14.2.	Mi	19.00	Rathaus	MV der GRÜNEN
14.2.	Mi	20.00	Straatmanns-Theater	Sonderaufführung von Ludger Stratmann zugunsten der Ehrenamtsagentur, 25€

17.2.	Sa	10.30	Münster	Europa in guter Verfassung? mit Frithof Schmidt MdEP, Jugendgästehaus am Aasee
21.2.	Mi	10.30	Domkirche Essen	Sozialpolitischer Aschermittwoch der Kirchen
22.2.	Do	20.00	Werden	Treffpunkt GRÜN in den Domstuben, Brückstraße
23.2.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
23.-25.2.			Messe	Fahrradmesse Essen (Halle 7) kombiniert mit der Messe Reise-Camping
26.2.	Mo		Lichtburg	Spendengala: Essener KünstlerInnen gestalten einen Abend zugunsten des Filmstudios, Eintritt 10 Euro +x Spende, Tel. 231023

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder andern zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit E-Mails zu belästigen.

Impressum Newsletter

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/ Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50/ 45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33
e-mail: Kreisverband@gruene-essen.de
V.i.S.d.P. und Redaktion: F. Yaldizli/ J. Drell